



 **VIMENTIS** Umfrage

Volksmeinung 2020

Umfrageergebnisse zu den Themenbereichen

Volksstimmung

Klimapolitik

Asylpolitik

Wohlstand & Armut



Volksmeinung 2020

Umfrageergebnisse zu den Themenbereichen

Volksstimmung

Klimapolitik

Asylpolitik

Wohlstand & Armut

13. 11. 2019 bis 18. 01. 2020

21736 Teilnehmer

41 Fragen

www.vimentis.ch/umfrage

Inhaltsverzeichnis

1	Ausgesuchte Ergebnisse	3
2	Übersicht	16
2.1	Verein Vimentis	16
2.2	Erhebungsmethodik	17
2.3	Ergebnisse im Internet	19
3	Danksagung	20

1 Ausgesuchte Ergebnisse

Volksstimmung

mehr auf Seite 4

Klimapolitik

mehr auf Seite 6

Asylpolitik

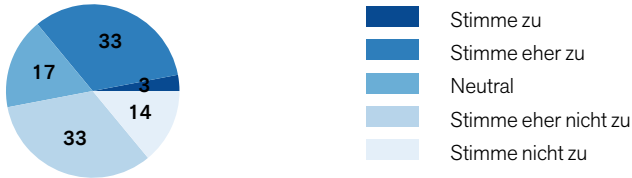
mehr auf Seite 10

Wohlstand & Armut

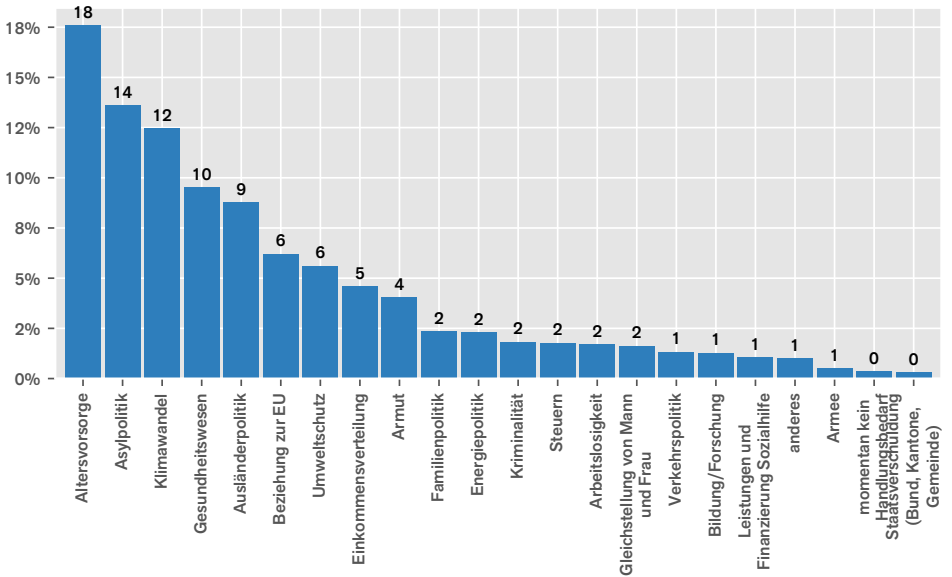
mehr auf Seite 14

Volksstimmung

Ich bin mit der Politik in der Schweiz zufrieden.



Bei welchem Themenbereich sehen Sie den höchsten politischen Handlungsbedarf?



Erläuterungen

Die Zufriedenheit mit der Schweizer Politik ist im Vergleich zum letzten Jahr leicht gesunken. Während im Jahr 2018 42 % der Schweizer Stimmbevölkerung eher unzufrieden bis unzufrieden waren, waren es dieses Jahr 47 % (48 % im 2017). Zudem sind 36 % der Schweizer StimmbürgerInnen eher zufrieden bis zufrieden, was 2 % weniger sind als vergangenes Jahr und somit dasselbe Resultat darstellt wie im Jahr 2017. 17 % sind weder zufrieden noch unzufrieden (20 % im Vorjahr). Die Wählerschaften der Mitteparteien CVP (64 % Zufriedenheit), FDP, GLP, EVP und BDP sind in absteigender Reihenfolge die zufriedensten WählerInnen.

Die Wählerschaften der SVP (72 % Unzufriedenheit), der Lega und der EDU sind am unzufriedensten. Tendenziell steigt mit zunehmendem Alter und abnehmendem Einkommen die Unzufriedenheit leicht an. Geografisch befinden sich die zufriedensten StimmbürgerInnen in der Westschweiz.

18 % der Schweizer Stimmbevölkerung sieht 2019 den grössten politischen Handlungsbedarf in der Altersvorsorge. Nur in den Kantonen Genf und Tessin und in der Region Nordwestschweiz (Kantone Jura und Neuenburg) beträgt die Zustimmung weniger als 15 %. An zweiter und dritter Stelle folgen die Asylpolitik und der Klimawandel mit 14 % resp. 12 %. Auf den Rängen 4-6 folgen der Reihe nach das Gesundheitswesen, die Ausländerpolitik und die Beziehung zur EU. Es folgen die Umweltpolitik auf Platz 7 sowie die Einkommensverteilung und die Armut auf den Plätzen 8 und 9. Während das Gesundheitswesen und die Beziehung zur EU im Vergleich zum Vorjahr um zwei resp. um drei Prozentpunkte abnahmen, sind die Altersvorsorge und die Klimapolitik mit einer Zunahme um 10 resp. 7 Prozentpunkte deutlich in der Wahrnehmung gestiegen. Auch die Asylpolitik und die Ausländerpolitik legten im Vergleich zum Vorjahr um 1 % bzw. 2 % zu. Vergleicht man die Meinungsunterschiede in Bezug auf das Alter, fällt auf, dass die jüngste Altersklasse den Klimawandel mit 23 % verhältnismässig häufig als Themengebiet mit dem grössten Handlungsbedarf bewertet. Der Handlungsbedarf im Bereich der Altersvorsorge ist bei den 45-64-jährigen mit 21-24 % am grössten. Mit zunehmendem Alter steigt zudem der politische Handlungsbedarf im Verhältnis der Schweiz zur EU. Grosse Unterschiede sind ebenfalls in den Wählerschaften der Parteien zu erkennen. Die WählerInnen der Grünen sehen den grössten Handlungsbedarf mit 43 % beim Klimawandel sowie mit 19 % beim Umweltschutz. Die Wählerschaft der SVP sieht den grössten Handlungsbedarf in der Asyl- (32 %) und der Ausländerpolitik (20 %). Die WählerInnen der FDP, der BDP und der CVP sehen in der Altersvorsorge am meisten Handlungsbedarf (30 %, 28 %, 26 %).

Klimapolitik

Sehen Sie politischen Handlungsbedarf aufgrund des Klimawandels?



Die Schweiz soll ihren Energiebedarf baldmöglichst vollständig mit erneuerbaren Energien decken und bis spätestens 2050 aus Öl, Gas und Kohle aussteigen, um die CO2-Nettoemission auf Null zu senken.

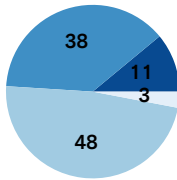


Erläuterungen

Eine deutliche Mehrheit von 62 % der Schweizer StimmbürgerInnen sieht aufgrund des Klimawandels einen Handlungsbedarf. Während die Mehrheit der WählerInnen von SVP, EDU und Lega keinen Handlungsbedarf sehen, findet sich bei allen anderen Parteien eine absolute Mehrheit die einen Handlungsbedarf sieht. In Bezug auf Geschlecht, Alter, Einkommen und Bildung findet sich in allen Gruppen eine absolute Mehrheit und auch in allen Regionen gibt es mindestens eine relative Mehrheit, die einen Handlungsbedarf aufgrund des Klimawandels sieht. Das letzte Mal wurde diese Frage 2017 gestellt. Damals sah eine absolute Mehrheit von 72 % der Schweizer Bevölkerung politischen Handlungsbedarf aufgrund des Klimawandels.

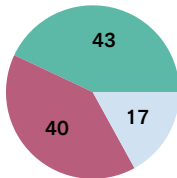
Mit 58 % ist eine absolute Mehrheit der Schweizer Stimmbevölkerung dafür, dass baldmöglichst der Energiebedarf vollständig durch erneuerbare Energie gedeckt und bis spätestens 2050 aus Öl, Gas und Kohle ausgestiegen wird, um die CO₂-Nettoemissionen auf Null zu senken. Auf der anderen Seite stehen 30 % der Stimmbevölkerung diesem Vorhaben negativ gegenüber und 12 % sind unentschieden. Unterschiede zeigen sich bei dieser Frage insbesondere in Bezug auf die Parteizugehörigkeit. Während sich eine deutliche absolute Mehrheit der SVP WählerInnen und eine relative Mehrheit der EDU WählerInnen gegen dieses Vorhaben aussprechen, stehen bei den anderen Parteien mindestens eine relative Mehrheit der WählerInnen hinter diesem.

Sollen Kurzstreckenflüge verboten werden?



- Ja
- Ja, sofern die Destination mit anderen öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbar ist
- Nein
- Neutral / Weiss nicht

Soll in der Schweiz eine monetäre Abgabe pro Tonne CO₂-Ausstoss für Unternehmen eingeführt werden?



- Bin dafür
- Bin dagegen
- Neutral / Weiss nicht

Erläuterungen

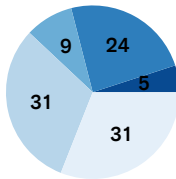
Mit 48 % ist eine relative Mehrheit der Stimmbevölkerung gegen ein Verbot von Kurzstreckenflügen. 11 % sind für ein solch Verbot und 37 % sind für eine Verbot, sofern die Zieldestination mit anderen öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbar ist.

Mit steigendem Einkommen steigt die Ablehnung eines Verbots von Kurzstreckenflügen deutlich. Während sich bei Einkommen bis zu CHF 4'500 eine relative Mehrheit für eine Kurzstreckenflugverbot bei guten Alternativen ausspricht, steigt die Ablehnungen mit höherem Einkommen kontinuierlich. Ab einem Einkommen von mehr als CHF 8'000 spricht sich eine absolute Mehrheit gegen ein solches Verbot aus. Unterschiede zeigen sich ausserdem in Bezug auf das Alter. Während in allen Altersgruppen bis 65 Jahre eine relative Mehrheit gegen ein Verbot von Kurzstreckenflügen ist, findet sich bei den StimmbürgerInnen über 65 Jahren eine relative Mehrheit, die dafür ist, sofern die Destination auch mit alternativen Verkehrsmitteln gut erreichbar ist.

Mit 43 % befürwortet eine relative Mehrheit der Schweizer Stimmbevölkerung eine monetäre Abgabe pro Tonne CO₂-Ausstoss für Unternehmen. Allerdings ist der Anteil der Nein-Stimmen mit 40 % fast gleich gross. Mit 17 % ist ein signifikanter Anteil unentschlossen. Interessant ist, dass nur bei den Bildungskategorien 3 und 5 eine absolute Mehrheit (je 55 %) den Vorschlag befürwortet. Bei den Parteien zeigen sich ebenfalls signifikante Unterschiede: Während bei den Grünen (79 %), der SP (70 %) und der GLP (62 %) eine absolute Mehrheit eine CO₂ Abgabe befürwortet, lehnt dies bei der SVP (70 %), EDU (66 %), Lega (58 %) und FDP (56 %) eine absolute Mehrheit ab.

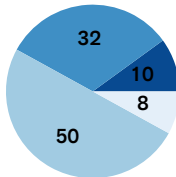
Asylpolitik

Sind Sie mit der momentanen Flüchtlingspolitik der Schweiz zufrieden?



- Stimme zu
- Stimme eher zu
- Neutral / Weiss nicht
- Stimme eher nicht zu
- Stimme nicht zu

Die Schweiz unterstützt vorläufig aufgenommene und anerkannte Flüchtlinge finanziell...



- Zu wenig
- Angemessen
- Zu stark
- Neutral / Weiss nicht

Erläuterungen

Eine knappe absolute Mehrheit von 55 % der Schweizer StimmbürgerInnen ist der Meinung, dass zur Eingliederung von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt weitere Massnahmen ergriffen werden sollen. 34 % sind gegen solche Massnahmen. Im Vergleich zum Jahr 2015 (Frage 20) hat sich die Zustimmung leicht erhöht. Insbesondere Wählerinnen und generell Menschen unter 35 Jahren befürworten mehr Massnahmen. Eine besondere Zustimmung erfahren solche Massnahmen bei der Wählerschaft der SP (84 %), der Grünen (81 %) und der GLP (76 %). WählerInnen der SVP sind zu 68 % dagegen und die der Lega zu 63 %. Das Einkommen und Bildungsniveau scheint hier keinen erheblichen Einfluss zu nehmen. Generell gilt jedoch, dass alle Kantone der Schweiz sich für solche Massnahmen aussprechen.

Eine deutliche Mehrheit von über zwei Drittel der Schweizer StimmbürgerInnen (68 %) spricht sich für Informationsprogramme zum Asylverfahren in den Herkunftsländern der Asylsuchenden aus. Es zeigt sich eine leichte Anhebung der Zustimmung mit steigendem Alter bis zu 79 %. Die Befürwortung liegt unter dem Gesichtspunkt der gewählten Partei zwischen 54 % und 78 %. Die Zustimmung hinsichtlich der regionalen/kantonalen Herkunft befindet sich in einem Spektrum von 61 % bis 73 %. Im Vergleich dazu gaben 2015 knapp 75 % der Schweizer StimmbürgerInnen an, die Informationsprogramme zu unterstützen. Auch damals zeigte sich eine leichte Anhebung der Zustimmung mit steigendem Alter.

Zur Förderung der Eingliederung in den Arbeitsmarkt von vorläufig aufgenommenen und anerkannten Flüchtlingen sollen weitere Massnahmen ergriffen werden.



Um die Anzahl Asylgesuche zu reduzieren, soll die Schweiz in den entsprechenden Herkunftsländern Informationsprogramme zum Asylverfahren durchführen.



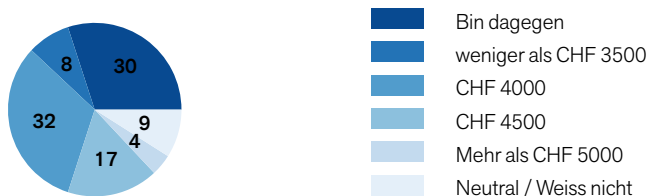
Erläuterungen

Bezüglich der aktuellen Flüchtlingspolitik ist eine Mehrheit der Schweizer Stimmbevölkerung unzufrieden. 31 % sind unzufrieden und 31 % eher unzufrieden. Dem gegenüber stehen 24 % der Wählerschaft, die eher zufrieden sind mit der Flüchtlingspolitik der Schweiz und 5 % sind zufrieden. Frauen sind in der Tendenz etwas kritischer und mit zunehmendem Alter steigt die Zufriedenheit mit der momentanen Flüchtlingspolitik leicht. Insbesondere WählerInnen der SVP und der Lega sind eher (29 % bzw. 35 %) bis sehr unzufrieden (63 % bzw. 55 %). Bezüglich des Einkommens befürworten StimmbürgerInnen mit zunehmendem Einkommen die aktuelle Flüchtlingspolitik eher.

50 % der Stimmbevölkerung ist der Meinung, dass vorläufig aufgenommene und anerkannte Flüchtlinge vom Bund finanziell zu stark unterstützt werden. 32 % empfinden die Unterstützung als angemessen, 10 % als zu wenig. Insbesondere WählerInnen der SP und der Grünen wünschen sich in der Tendenz mehr Unterstützung oder empfinden sie als angemessen, während die SVP-, BDP- und Lega-Wählerschaft die finanzielle Zuwendung als zu hoch empfindet (90 %, 59 %, 78 %). Das Geschlecht und das Einkommen haben keinen signifikanten Einfluss auf das Resultat. Insbesondere im Kanton Schwyz sprechen sich die WählerInnen mit 71 % für eine zu hohe Unterstützung aus.

Wohlstand & Armut

Sind Sie für die Einführung eines schweizweiten gesetzlichen Mindestlohnes und falls ja, wieviel sollte dieser Mindestlohn betragen?



Empfinden Sie Ihren Lohn generell im Vergleich zu anderen Personen in der Schweiz als gerecht?



Ehepaare sollen fortan individuell, anstatt gemeinsam veranlagt, besteuert werden.



Erläuterungen

Bei der Frage um die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns zeigt sich ein zersplittertes Ergebnis. Während sich 30 % gegen die Einführung aussprechen, beziffern 32 % der Schweizer Stimmbevölkerung den gesetzlichen Mindestlohn auf CHF 4000. 29 % geben andere Mindestlöhne an und weitere 9 % haben eine neutrale oder unentschlossene Haltung zu diesem Thema. Betrachtet man die gewählten Parteien, spricht sich die SP- und GPS-Wählerschaft nur in geringem Masse gegen einen gesetzlichen Mindestlohn aus (8 % resp. 11 %). Das Gegenteil ist bei der FDP- und SVP-Wählerschaft der Fall. Hier sprechen sich 53 % bzw. 46 % gegen einen gesetzlichen Mindestlohn aus.

Fast die Hälfte der Schweizer Stimmbevölkerung (49 %) empfindet ihren Lohn im Vergleich zu anderen Personen in der Schweiz als gerecht. Während eine absolute Mehrheit von 56 % der männlichen Stimmbevölkerung die Frage der Lohngerechtigkeit bejaht, ist es bei den Stimmbürgerinnen nur eine relative Mehrheit von 42 %. Der Grafik ist ebenfalls zu entnehmen, dass tendenziell mit steigendem Alter die empfundene Lohngerechtigkeit jeweils auch höher ist. Unter den Parteien wurde die Frage nur von Lega-WählerInnen mehrheitlich mit Nein beantwortet (59 %), während die Mehrheit der WählerInnen anderer Parteien die Lohngerechtigkeit jeweils bejahen.

Eine absolute Mehrheit von 67 % der Schweizer StimmbürgerInnen ist dafür, dass Ehepaare künftig individuell besteuert werden sollen. Nur 15 % sind gegen eine individuelle Besteuerung, wobei dieser Wert mit steigendem Alter tendenziell abnimmt. Während in allen Regionen die Zustimmung einer individuellen Besteuerung relativ hoch ist, ist der Anteil an Zustimmung in der Ost- und Nordostschweiz und im Tessin kleiner als in der übrigen Schweiz. Parteienübergreifend sind keine grossen Unterschiede erkennbar, ausser die relativ hohe Ablehnung unter den Lega-WählerInnen (40 %).

2 Übersicht

2.1 Verein Vimentis

2.1.1 Ziel und Zweck

Vimentis ist eine neutrale Politik-Plattform mit dem Ziel, den politischen Entscheidungsprozess in der Schweiz zu verbessern. Dabei soll den Bürgern einerseits ermöglicht werden, ihre Bedürfnisse zur Sprache zu bringen und früher in die politische Diskussion eingebunden zu werden. Andererseits sollen politische Themen einfach, verständlich und neutral erklärt werden, damit sich alle Bürger auf Basis sachlicher Argumente selber eine Meinung bilden können.

Um diese Ziele zu erreichen, betreibt Vimentis folgende vier Projekte:

- Die Online-Plattform soll dem Volk Zugang zu umfassenden und neutralen Informationen ermöglichen.
- Vimentis Dialog unterstützt die Diskussion zwischen Politik und Bevölkerung.
- Vimentis-Umfrage führt jährlich die grösste politische Online-Umfrage der Schweiz durch, um die Meinung der Bevölkerung zu aktuellen politischen Themen zu erfassen.
- Vimentis Wahlen erstellt Wahlhilfen zu kantonalen und nationalen Wahlen, die der Bevölkerung helfen, den richtigen Vertreter für die persönliche Meinung zu finden.

2.1.2 Vimentis-Umfrage

Die Vimentis-Umfrage ist die grösste politisch neutrale Online-Umfrage zur Zukunft der Schweiz mit jährlich 20 000 bis 30 000 Teilnehmern. Während mehreren Wochen kann die Schweizer Bevölkerung auf www.vimentis.ch zu verschiedenen Themenbereichen anonym Stellung nehmen und so aktiv zu einem intensiveren Dialog zwischen der Bevölkerung und der Politik beitragen.

Das erklärte Ziel ist es, politische Vorschläge in einem frühen Stadium der Diskussion auf ihre Mehrheitsfähigkeit hin zu überprüfen und dadurch der Politik und interessierten Kreisen eine Grundlage für politische Neuerungen zu schaffen. Damit wird eine Stärkung der direkten Demokratie erreicht und ein Stillstand der Politik verhindert. Daneben soll die Schweizer Bevölkerung zu einer aktiven Diskussion motiviert werden, um so die Zukunft der Schweiz mitzugestalten. Hinter dem Projekt stehen sechs Studenten der Universität St. Gallen und der ETH Zürich. Die Gruppe hat während dem vergangenen Jahr ehrenamtlich für die Umsetzung der Studie gearbeitet.

2.2 Erhebungsmethodik

2.2.1 Repräsentativität

Vimentis-Umfrage ist repräsentativ für die Schweizer Bevölkerung mit einer Präzision von $\pm 4\%$. Da es sich bei Vimentis-Umfrage um eine Online-Umfrage handelt, mussten verschiedene Vorkehrungen getroffen werden, um ein repräsentatives Ergebnis zu erhalten.

Eine gewöhnliche Internetumfrage ist in der Regel aus folgenden Gründen nicht repräsentativ:

- Personen, die über keinen Internet-Zugang verfügen, können nicht teilnehmen.
- Es können nur Personen an der Umfrage teilnehmen, welche davon Kenntnis haben.
- Es nehmen nur Personen teil, welche an den Umfragethemen interessiert sind.

Damit möglichst alle Schweizer von der Umfrage erfahren, wurden Orts-, Kantons- und nationale Parteien über die Umfrage informiert, die Bevölkerung über Medien und Partner zur Teilnahme aufgerufen und mehr als 11 Mio. Anzeigen im Internet aufgeschaltet.

Weiter wurden alle Antworten nach den demographischen Kriterien Alter, Geschlecht, Kanton und Bildung gewichtet. Damit wird die Schweizer Bevölkerung in diesen Kriterien durch die Stichprobe exakt abgebildet.

Mit diesen Vorkehrungen, speziell mit dem Gewichtungsverfahren, werden die von gängigen Internetumfragen bekannten Verzerrungen fast vollständig eliminiert und so ein aussagekräftiges Ergebnis erzielt. Dabei wurden die Daten des Bundesamts für Statistik als Grundlage verwendet. Die Ergebnisse von Vimentis sind dadurch bei 21736 Teilnehmern mit einer Präzision von $\pm 4\%$ repräsentativ. Die Auswertung der Parteistärken in der Stichprobe auf der nächsten Seite ist ein Indikator für die Genauigkeit der Daten.

Der Fragebogen umfasst insgesamt 41 Fragen. Mit den ersten 13 Fragen werden soziodemographische Angaben zur Person und zu deren Stimmverhalten erhoben. Die restlichen 28 Fragen befassen sich mit den vier Themenbereichen *Volksstimmung*, *Klimapolitik*, *Asylpolitik* und *Wohlstand & Armut*.

2.2.2 Datenerhebung und Stichprobe

Die Daten sind anhand des oben beschriebenen Fragebogens durch die Online-Umfrage vom 13. 11. 2019 bis zum 18. 01. 2020 erhoben worden.

Um ein mehrfaches Teilnehmen und ein zufälliges Ausfüllen des Fragebogens zu verhindern, wurden verschiedene technische Hilfsmittel eingesetzt. Antworten, bei denen ein Verdacht auf Manipulation (Mehrfachteilnahme oder zufälliges Ausfüllen) bestand, wurden vor der Auswertung entfernt.

Die Stichprobe wurde, wie unter Repräsentativität erläutert, nach den Kriterien Bildung, Geschlecht, Kanton und Alter gewichtet. Sie bildet damit die Bevölkerungsstruktur in diesen vier Dimensionen exakt ab. Grundlage für die Gewichtung waren die Bevölkerungsdaten des Bundesamts für Statistik.

2.2.3 Regionen

Um den Effekt der Verzerrung möglichst gering zu halten, wurden bei der Auswertung keine Aussagen über Gruppen mit weniger als 500 Teilnehmern gemacht. Weiter wurden einzelne Kantone, die weniger als 500 Teilnehmer verzeichnen, mit anderen Kantonen zu Regionen zusammengelegt. Ein Rückschluss vom Ergebnis einer Region auf den einzelnen Kanton innerhalb dieser Region ist nicht möglich.

Folgende Kantone wurden zu Regionen zusammengefasst:

Abkürzung	Name	Kantone
NWS	Nordwestschweiz	JU, NE
NOS	Nordostschweiz	SH, TG
OS	Ostschweiz	AI, AR, SG
SOS	Südostschweiz	GL, GR
ZS	Zentralschweiz	NW, OW, UR, ZG

2.2.4 Parteistärken

Zur Sicherstellung der Repräsentativität der Umfrage werden im Fragebogen einige Testfragen gestellt, anhand derer die Repräsentativität der Antworten überprüft werden kann.

Die wichtigste Testfrage ist dabei, welcher Partei die Teilnehmer bei den Nationalratswahlen 2019 ihre Stimme gegeben haben. Die Antworten auf diese Frage können mit dem realen Wahlergebnis 2019 verglichen werden. Daraus lässt sich auf die Präzision der von der Vimentis-Umfrage erhobenen Daten schliessen.

Die folgenden Ergebnisse entsprechen dem Wahlergebnis $\pm 4\%$:

	Umfrage	Wahl	Differenz
SVP	28 %	26 %	2 %
SP	16 %	17 %	-1 %
Grüne	15 %	13 %	2 %
FDP.Die Liberalen	15 %	15 %	-0 %
Grünliberale	8 %	8 %	0 %
CVP	7 %	11 %	-4 %
andere	5 %	5 %	0 %
BDP	2 %	2 %	-0 %
EVP	1 %	2 %	-1 %
EDU	1 %	1 %	0 %
Legha dei Ticinesi	1 %	1 %	-0 %

2.3 Ergebnisse im Internet

2.3.1 Online-Datenbank

Alle Ergebnisse der Vimentis-Umfrage können Sie auch bequem und detailliert online abrufen. Total sind fast 500 Fragen zu 15 verschiedenen Themenbereichen kostenlos abrufbar. Die Datenbank umfasst damit sämtliche Ergebnisse der Vimentis-Umfragen seit 2004. Zudem können Sie die Ergebnisse nach verschiedenen demographischen Kriterien wie z. B. Alter, Geschlecht, Partei, Kanton, Bildung etc. aufschlüsseln. Die Datenbank finden Sie unter www.vimentis.ch/umfrage/ergebnisse.

2.3.2 Publikation

Die kommentierten Kurz- und Langfassungen aller Vimentis-Umfragen seit 2006 können Sie ebenfalls online als PDF-Datei herunterladen oder in gedruckter Form bei uns bestellen.

3 Danksagung

Ohne die Unterstützung von verschiedenen Persönlichkeiten und Organisationen wäre die Durchführung der Vimentis-Umfrage nicht möglich gewesen. Wir danken herzlich für das Engagement und die wertvollen partnerschaftlichen Beiträge.

Ein herzlicher Dank geht an:



Mike Egger
Nationalrat
SVP



Matthias Aebischer
Nationalrat SP



Christian Wasserfallen
Nationalrat
FDP



Andrea Gmür
Ständerätin
CVP



Kilian Baumann
Nationalrat
GPS



Martin Bäumle
Vize-Präsident
GLP



Martin Landolt
Nationalrat
BDP

Medienpartner



Quellen

Titelbild: «Fotografien Parlamentsgebäude: Nationalratssaal» von *Die Bundesversammlung – Das Schweizer Parlament*,
<http://www.parlament.ch/d/service-presse/fotogalerie/nr-saal/Seiten/default.aspx>.

Impressum

Vimentis
Postfach
9000 St. Gallen
www.vimentis.ch



Kontakt:
Omar Alewi, alewi@vimentis.ch

Redaktion:
Omar Alewi, Philipp Schullerus, Céline Meier, Umut Parlar, Sarina Stadelmann, Charalampos Panagiotopoulos

Alle geschlechtsspezifischen Bezeichnungen gelten immer für Frauen und Männer.

Alle Daten und Grafiken dürfen unter Angabe der Quelle frei verwendet werden.

Publikation: Februar 2020